

DIE DEUTSCHE MINDERHEIT IN POLEN

BASISDATEN, STRUKTUR, POLITISCHE REPRÄSENTANZ UND ZWEI EXKURSE ZUR POLONIA UND ZUR SCHLESISCHEN AUTONOMIEBEWEGUNG

Stephan Georg Raabe

Es ist nicht einfach, sich über das Vorhandensein nationaler oder ethnischer Minderheiten in der EU zu informieren. In der umfangreichen Bevölkerungsstatistik (Ausgabe 2006) der Europäischen Kommission tauchen die Minderheiten, die nach Schätzungen rund 45 Millionen Menschen in den 27 EU-Staaten ausmachen, nicht auf. Sucht man im Internet nach Minderheiten in der EU, so wird man auch nicht recht fündig. Wo doch alles Mögliche gezählt und gewogen wird: Eine aktuelle Übersicht darüber, welche Minderheiten es in den einzelnen EU-Ländern gibt, wie groß sie sind und welchen Status sie haben, findet man unter den Informationen der EU kaum. So bleibt der mühsame Weg über die Analyse der einzelnen Staaten.

In Polen gibt es nach der Volkszählung von 2002 folgende Bevölkerungsgruppen, wobei die Daten für die Minderheiten niedriger liegen als die Schätzungen von Beobachtern und den Minderheitenorganisationen selbst:

Tabelle 1

Bevölkerungsgruppen in Polen 2002

	Anzahl	Anteil in %
Polen	36,98 Mio.	96,75
Oberschlesier	173.200	0,45
Deutsche	152.900	0,40
Weißrussen	48.700	0,13
Ukrainer	31.000	0,08
Roma	12.900	0,03



Stephan Georg Raabe ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau.

Desweiteren gibt es noch einige Tausend Russen, Lemken, Litauer, Kaschuben, Slowenen und Armenier, die zusammen weniger als 0,1 Prozent der Bevölkerung ausmachen, und gut zwei Prozent weitere Bevölkerungsgruppen bzw. „Unbekannte“.

Die hohe Migration von deutsch-polnischen Doppelstaatlern nach Deutschland und in andere westliche Länder macht eine Bestimmung der in Polen lebenden Deutschen schwierig.

Von deutscher Seite wird die Zahl der Deutschen in Polen auf knapp 300.000 geschätzt, was in etwa der Zahl derjenigen entspricht, die sich bei der Volksbefragung als Deutsche oder Oberschlesier bekannten. Die hohe

Migration von deutsch-polnischen Doppelstaatlern nach Deutschland und in andere westliche Länder, die zum Teil noch in Polen gemeldet sind, macht aber eine zuverlässige Bestimmung der tatsächlich in Polen lebenden Deutschen schwierig.

DIE VORGESCHICHTE

Polen war vor den Teilungen am Ende des 18. Jahrhunderts die Heimat vieler ethnischer Gruppen: Litauer, Letten, Weißrussen, Ukrainer, Deutsche und Juden. Letztere siedelten sich seit dem Hochmittelalter in Polen an, angezogen von der großen religiösen Toleranz, gelten aber bis heute eigenartigerweise als nationale Minderheit und nicht nur als Religionsgemeinschaft, da sie bis ins 20. Jahrhundert nicht oder nur unvollständig in die polnische Mehrheitskultur integriert waren. In der Teilungszeit machten die Polen selbst die Erfahrung, ein Minderheitenvolk in Russland, Deutschland oder Österreich-Ungarn zu sein. Nach dem Wiedererstehen Polens Ende 1918 setzte sich die Bevölkerung aus fast 70 Prozent Polen und gut 30 Prozent anderer Nationalitäten zusammen: 14 bis 15 Prozent Ukrainer bzw. Ruthenen, gut acht Prozent Juden, drei bis vier Prozent Weißrussen und zwei bis vier Prozent Deutsche, wobei insbesondere die nationalistische Politik gegen die Deutschen zu deren teilweiser Abwanderung führte. Nach dem Zweiten Weltkrieg, dem Holocaust, der Verschiebung Polens nach Westen, den Vertreibungen, Umsiedlungen und späteren Aussiedlungen ging der Anteil der Minderheiten in Polen auf zuletzt rund drei Prozent zurück. Dabei stellen die in ihrer Heimat verbliebenen Oberschlesier, bzw. Deutschen die weitaus größte Gruppe. Sie waren im kommunistischen Polen einem systematischen

polnischen Assimilierungsdruck und nicht selten Repressionen ausgesetzt. Unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Verbrechensherrschaft und der Inbesitznahme deutschen Landes sollte alles Deutsche, insbesondere die Sprache und Kultur, aus dem öffentlichen, aber auch privaten Leben verschwinden. Lange Zeit war die Benutzung der deutschen Muttersprache unter Strafe gestellt, weshalb manche Mitglieder und Vertreter der deutschen Minderheit bis heute nur schlechte Deutschkenntnisse haben. Lange Zeit wurde überhaupt das Vorhandensein von Deutschen in Polen, ihrer Geschichte und Kultur weitgehend geleugnet. 1970, als über die „Grundlagen der Normalisierung“ der deutsch-polnischen Beziehungen verhandelt wurde, ging das polnische Regime von nur „einigen Zehntausend“ deutschstämmigen polnischen Staatsbürgern aus.¹

Lange Zeit war die Benutzung der deutschen Muttersprache unter Strafe gestellt, weshalb manche Vertreter der deutschen Minderheit bis heute nur schlechte Deutschkenntnisse haben.

Nach 1989 konnten sich auch die Deutschen in Polen wieder zu ihrer Herkunft bekennen und offen organisieren. Als am 12. November 1989 gleich einige tausend Angehörige der deutschen Minderheit – mit Unterstützung des deutschen Außenministeriums – am Versöhnungsgottesdienst mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Premierminister Tadeusz Mazowiecki im niederschlesischen Kreisau teilnahmen, war die Überraschung auf polnischer Seite groß. Irritation breitete sich aus, als sie auch noch Transparente mit der Aufschrift „Helmut, Du bist auch unser Kanzler“ entrollten.

ORGANISATIONSSTRUKTUR UND INTEGRATION

Nachdem sich 1990 bereits viele lokale Organisationen der deutschen Minderheit in Polen gebildet hatten, wurde am 15. September 1990 auf einer Versammlung der Vertreter dieser deutschen Gesellschaften in Breslau beschlossen, einen Zentralrat mit Sitz in Groß Strehlitz bei Oppeln zu bilden. Ein Jahr später, am 27. August 1991, wurde er als „Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen“ (VdG) mit dem Sitz in Oppeln eingetragen. Nach eigenen Angaben hatte der VdG 2008 rund 250.000

1 | Vgl. Gregor Schöllgen, „Wenn die Worte versagen. Bundeskanzler Willy Brandt und die schwierige Verständigung mit Polen: Die Vorgeschichte des 7. Dezember 1970“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.12.2010, 8.

Mitglieder (2007: 290.000). Als Dachverband umfasst er neun regionale Vereinigungen als ständige Mitglieder, sechs assoziierte Mitglieder und fünf selbständige Organisationen, darunter je eine Jugend-, Frauen- und Bauernorganisation sowie Bildungs-, Wirtschafts- und Wohltätigkeitsgesellschaften. Außerdem gibt es ein Dutzend deutsch- oder zweisprachige Redaktionen für Zeitung, Radio und Fernsehen. Der weitaus größte Verband sitzt in der Wojewodschaft Oppeln mit rund 130.000 Mitgliedern (2007: 180.000) und ca. 300 Ortsvereinen, den so genannten Deutschen Freundschaftskreisen (DFK), der zweitgrößte Verband in der Wojewodschaft Schlesien mit rund 70.000 Mitgliedern. Die Geschäftsstelle des VdG ist mit sechs Mitarbeitern ausgestattet.²

Die Förderung der deutschen Minderheit durch Bundesmittel ruft auch Neid hervor, zumal „die Deutschen“ den Vorzug des freien Zugangs zu den westlichen Arbeitsmärkten genießen.

Die Organisationen der Deutschen in Polen engagieren sich gemeinnützig und werden maßgeblich durch Mittel des Bundeshaushaltes gefördert. Das reicht von der Wirtschaftsförderung etwa der Stiftung für die Entwicklung Schlesiens bis zur Jugend- und Erwachsenenbildung etwa durch das Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz/Oppeln. Die Förderung durch das „reiche“ Deutschland ruft aber mitunter auch Neid und Missgunst hervor, zumal „die Deutschen“ seit vielen Jahren den Vorzug des freien Zugangs zu den westlichen Arbeitsmärkten genießen, mit den damit verbundenen Verdienstmöglichkeiten, den „die Polen“ erst nach und nach eingeräumt bekommen. Erst am 1. Mai 2011 tritt die vollständige Arbeitsmarktöffnung Deutschlands in Kraft.

So bleibt das Leben der deutschen Minderheit in Polen eine ständige Gratwanderung zwischen notwendiger Integration in die polnische Mehrheitsgesellschaft und Bewahrung der eigenen Identität, wobei immer stärker auf die Vorzüge einer „multikulturellen Identität der Region“ abgehoben wird.

Von der alten Heimat Deutschland teilweise vergessen oder stiefmütterlich behandelt, von der neuen Heimat Polen mindestens misstrauisch beäugt oder gar abgelehnt,

2 | Neben der Leiterin, Maria Neumann, gibt es Referenten für Kultur, Schule, Medien und Außenkontakte, Buchhaltung und Verwaltung. Vgl. <http://vdg.pl/de>.

fühlen sich heute nicht wenige der Deutschstämmigen in Polen weder von Warschau noch von Berlin, weder von den deutschen Vertriebenenverbänden noch von der organisierten deutschen Minderheit vertreten. So konnte einerseits die oberschlesische Autonomiebewegung erstarken. Andererseits nimmt aber die Bedeutung der ethnischen Zugehörigkeit und damit die Einbindung in die Organisationen der Deutschen ab, was zusätzlich durch die Fremdheit der deutschen Sprache und Kultur befördert wird. Zwar gibt es seit 1992 in polnischen staatlichen Schulen Deutschunterricht für Muttersprachler, wobei die Zahl dieser Schulen von zehn auf 332 Schulen 2004 stieg, die von rund 35.000 Schülern besucht wurden. Ein eigenes Schulwesen der deutschen Minderheit, etwa ein zweisprachiges Lyzeum, gibt es nicht.

PERSONELLER NEUANFANG

In den letzten beiden Jahren kam es in der Führung sowohl des VdG als auch des Opperlner Verbandes zu einem Generationswechsel. Seit dem 26. April 2008 ist der Germanist Norbert Rasch, Jahrgang 1971, Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Opperlner Schlessien. Zuvor hatte der langjährige Vorsitzende Henryk Kroll, Jahrgang 1949, der die Minderheit von 1991 bis 2007 ununterbrochen im Sejm, dem polnischen Parlament, vertrat, sein Amt niedergelegt. Rasch, der seit 2005 Abgeordneter des Sejmik der Wojewodschaft Opperln ist, steht für eine tendenzielle Schwerpunktverlagerung weg von der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik hin zur Kultur- und Sprachpolitik, um das Überleben der Minderheit zu sichern. Seit dem 11. Mai 2009 gehört er auch dem neuen Vorstand des VdG an, dessen Vorsitzender seitdem der Handelsunternehmer Bernhard Gaida, Jahrgang 1958, aus dem Oberschlesischen Dobrodzień (Guttentag) ist. Ähnlich wie Rasch sieht auch Gaida in der Schaffung von Schulen mit einem möglichst umfassenden Deutschunterricht ein vorrangiges Ziel. Er will sich vor allem um die „Identität der Minderheit“ und eine größtmögliche Ausschöpfung der minderheitenpolitischen Möglichkeiten der polnischen Gesetzgebung kümmern.³

3 | Vgl. Martin Schmidt, „Bernhard Gaida – Mann der Hoffnung“, *Berliner Schlessische Nachrichten* (Hrsg. Landsmannschaft Schlessien – Nieder- und Oberschlessien Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e.V.), 02/2009, 4 f.

DAS MINDERHEITENGESETZ IN POLEN

Am 6. Januar 2005 verabschiedete der Sejm nach über zehnjähriger Diskussion mit den Stimmen der damals noch regierenden Linken und der Bürgerplattform PO das „Gesetz über nationale und ethnische Minderheiten und Regionalsprachen“. Damit erfüllte er einen Auftrag der polnischen Verfassung und schuf eine gute Grundlage für das Zusammenleben. Von Seiten der deutschen Minderheit wurde das Gesetz als großer Fortschritt gelobt. Vertreter der nationalen Partei „Liga der Polnischen Familien“ (LPR) sahen dagegen darin den ersten Schritt „einer breiteren Aktion zur Germanisierung“ der Region.⁴

Gibt es mehr als 20 Prozent Angehörige einer Minderheit in einer Gemeinde, dann haben diese seit 2005 das Recht, bei Kontakten mit den örtlichen Behörden ihre Muttersprache anzuwenden.

Umstritten war vorher vor allem die Quote für die Nutzung der Sprache einer Minderheit als Amtssprache neben dem Polnischen in den Gemeinden. Gibt es mehr als 20 Prozent Angehörige einer Minderheit in einer

Gemeinde, dann haben diese seit 2005 nun das Recht, bei Kontakten mit den örtlichen Behörden ihre Muttersprache anzuwenden. Gleichzeitig haben diese Gemeinden die Möglichkeit, zweisprachige Orts- und Straßenschilder aufzustellen, was nach einigen Jahren vor allem im Opolnischen Schlesien, wo die große Mehrheit der deutschen Bevölkerungsgruppe lebt, immer stärker genutzt wurde, teilweise aber zu Widerstand und Unmut unter der polnischen Bevölkerung führte. Insgesamt könnten wohl 30 Gemeinden in den Wojewodschaften Oppeln (28) und Schlesien (2) die Zweisprachigkeit einführen. 24 Orte haben dies bis jetzt verwirklicht. Ebenso haben sieben von zwölf pommerschen Gemeinden, die das Minderheitenquorum erfüllen, Kaschubisch als Zweitsprache eingeführt. Auch die von zahlreichen Litauern besiedelte Gemeinde Puńsk und die von Lemken bewohnte Gemeinde Gorlice in Kleinpolen sind doppelsprachig. Zwölf Kommunen im Nordosten Polens könnten zudem Weißrussisch als Ergänzung einführen.

4 | Der Text des Minderheitengesetzes ist in deutscher Sprache im Internet zugänglich unter: <http://www.bilingual.com.pl/pdf/Polnisches%20Minderheitengesetz.pdf> [03.02.2011]; vgl. Renata Mróz, „Polen verabschiedet neues Minderheitengesetz“, in: <http://polen-news.de/puw/puw73-15> [03.02.2011]; Markus Waschinski, „Die deutsche Minderheit in Polen“, *Polen-Analysen* Nr. 26, 2008, 6.

Tabelle 2

**Gemeinden mit deutscher Bevölkerung über 20 Prozent
oder mit Zweisprachigkeit und/oder deutschen Bürger-
meistern**

	Anteil in %	Anzahl	deutscher Bürgermeister
Wojewodschaft Opolskie / Oppeln			
Kreis Kędzierzyń-Koźle / Kandrzin-Cosel			
Bierawa / Birawa	24,6	2.010	
Cisek / Czissek	☑ 42,4	2.978	Alojzy Parys
Pawłowiczki / Pawlowitzke	20,7	1.802	
Polska Cerekiew / Groß Neukirch	21,9	1.082	Krystyna Helbin
Reńska Wieś / Reinschdorf	34,5	3.042	Marian Wojciechowski
Kreis Kluczbork / Kreuzburg			
Lasowice Wielkie / Gross Lassowitz	☑ 37,6	2.735	
Kreis Krapkowice / Krappitz			
Gogolin	☑ k.A.	k.A.	Joachim Wojtala
Krapkowice / Krappitz	k.A.	k.A.	Andrzej Kasiura
Strzeleczy / Klein Strehlitz	☑ 41,6	3.418	Bronisław Kurpiela
Walce / Walzen	☑ 31,7	1.970	Bernhard Kubata
Zdzieszowice / Deschowitz	k.A.	k.A.	Dieter Przewdzing
Kreis Olesno / Rosenberg			
Dobrodzień / Guttentag	☑ 25,0	2.762	Róża Koźlik
Gorzów Śląski / Landsberg	k.A.	k.A.	Artur Tomala
Olesno / Rosenberg	23,8	4.608	
Radłów / Radlau	☑ 27,9	1.295	Włodzimierz Kierat
Zębówce / Zembowitz	☑ 42,1	1.782	Waldemar Czaja
Kreis Opole / Oppeln			
Dobrzeń Wielki / Groß Döbern	☑ 20,3	2.885	Henryk Wróbel
Chrzastowice / Chronstau	☑ 25,7	1.705	Helena Rogacka
Komprachcice / Comprachtschütz	☑ 29,5	3.260	Paweł Smolarek
Łubniany / Lugnian	☑ 27,4	2.486	Krystian Baldy
Murów / Murow	☑ 31,0	1.955	
Prószków / Prosaku	☑ 30,2	3.046	Róża Malik
Ozimek / Malapane	k.A.	k.A.	Marek Korniak
Tarnów Opolski / Tarnau	☑ 23,8	2.447	
Turawa	20,6	1.983	Waldemar Kampa

Prozentzahl = Anteil der Deutschen, ☑ = zweisprachige Gemeinde

	Anteil in %	Anzahl	deutscher Bürgermeister
Kreis Prudnik / Neustadt			
Biała / Zülz	☑ 42,0	5.103	Arnold Hindera
Głogówek / Oberglogau	☑ 24,3	3.680	
Kreis Strzelce / Groß Strehlitz			
Izbicko / Stubendorf	☑ 28,1	1.563	Brygida Pytel
Jemielnica / Himmelwitz	☑ 23,7	1.822	Joachim Jelito
Kolonowski / Colonnowska	☑ 41,1	2.703	Norbert Koston
Leśnica / Leschnitz	☑ 26,9	2.409	Łukasz Jastrzębski
Ujazd / Ujest	☑ 25,2	1.607	
Wojewodschaft Śląskie / Schlesien			
Kreis Racibórz / Ratibor			
Krzanowice / Kranowitz	☑ 20,5	1.285	
Rudnik / Rudnick	☑ k.A.	k.A.	

Prozentzahl = Anteil der Deutschen, ☑ = zweisprachige Gemeinde

Das Gesetz sieht auch eine finanzielle Unterstützung des Staates für die kulturellen Aktivitäten der Minderheiten vor. Darüber hinaus enthält es nicht viel Neues. Die meisten Paragraphen standen schon in früheren Gesetzen und Verordnungen, etwa das Recht auf eigene Sprache, Tradition, Kultur, eigene Bildungs- und Kulturinstitutionen, muttersprachlichen Schulunterricht sowie eigene Vor- und Nachnamen. Festgelegt wird im neuen Gesetz dagegen erstmals, welche Gruppen zu einer nationalen und zu einer ethnischen Minderheit zu zählen sind. Das Gesetz bezieht sich demzufolge auf die nationalen Minderheiten der Armenier, Deutschen, Litauer, Russen, Slowaken, Tschechen, Ukrainer, Weißrussen, auf Juden sowie vier ethnische Minoritäten, die der Karaimer, Lemken, Roma und Tataren, nicht dagegen auf die sich in den letzten Jahren konstituierende Volksgruppe der Schlesier. Zudem regelt es den Gebrauch der Sprache der Kaschuben, die in der Gegend südwestlich von Danzig ansässig sind. Der seit 2007 regierende Premierminister Donald Tusk kommt aus der Kaschubei.⁵

5 | Weiterführende Literatur: Peter Oliver Loew, „Nationale und ethnische Minderheiten“, in: Dieter Bingen, Krzysztof Ruchniowich (Hrsg.), *Länderbericht Polen*, (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2009), 360-372; Markus Waschinski, „Die deutsche Minderheit in Polen“, *Polen-Analysen* Nr. 26, 2008; Stephan Georg Raabe, „Zur Lage der deutschen Volksgruppe in Polen“, *KAS-Länderbericht*, 2005.

Tabelle 3

Gemeinden mit Hilfssprachen

Kaschubisch	Wojewodschaft
Sierakowice	Pomorskie / Pommern
Bytów	Pomorskie / Pommern
Stężycza	Pomorskie / Pommern
Chmielno	Pomorskie / Pommern
Szemud	Pomorskie / Pommern
Linia	Pomorskie / Pommern
Kartuzy	Pomorskie / Pommern
Litauisch	
Puńsk / Punskas	Podlaskie / Podlachien
Lemkisch	
Gorlice	Małopolskie / Kleinpolen

DIE POLONIA⁶ IN DEUTSCHLAND

Für die polnische Politik ist eine gute Behandlung der nationalen Minderheiten im eigenen Land insofern von Bedeutung, als in Litauen, Weißrussland und der Ukraine autochthone polnische Minderheiten leben und in Deutschland eine große polnischsprachige Gruppe existiert. Über die Behandlung der polnischen Minderheit in Litauen gibt es häufiger Streit. Für die polnischsprachige Bevölkerung in Deutschland fordert Polen ähnliche Rechte wie sie die deutsche Minderheit in Polen hat, wobei sie sich auf den deutsch-polnischen Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag von 1991 beruft, der am 17. Juni sein zwanzigjähriges Jubiläum hat. In Rundtischgesprächen auf Einladung der beiden Innenministerien wird seit Februar 2010 unter Beteiligung der Vertreter der deutschen Minderheit in Polen und der Polonia in Deutschland über die Förderung dieser Bevölkerungsgruppen beraten. Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag räumt in den Artikeln 20/21 der Polonia in Deutschland dieselben Rechte ein wie der deutschen Minderheit in Polen, obgleich sowohl der Status der beiden Bevölkerungsgruppen – alteingesessene Bevölkerung einerseits, Einwanderer andererseits – als auch die Siedlungsverhältnisse und die Bevölkerungsstrukturen in beiden Ländern unterschiedlich sind.

6 | Das Wort Polonia bezeichnet hier die Gesamtheit der dauerhaft in Deutschland lebenden Polen.

In der Weimarer Republik waren die Polen als nationale Minderheit anerkannt. Unmittelbar vor Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde die Führung dieser Minderheit jedoch verhaftet und in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Buchenwald interniert. Die Anerkennung als Minderheit wurde von der nationalsozialistischen Diktatur per Dekret wenig später widerrufen, die polnischen Minderheitenorganisationen verboten und ihr Besitz beschlagnahmt. Mit der Westverschiebung der deutsch-polnischen Grenze an die Oder-Neiße-Linie 1945 wurden die Gebiete, in denen eine autochthone polnische Minderheit ansässig war (vor allem die Grenzregionen der preußischen Provinzen Oberschlesien, Grenzmark Posen, West- und Ostpreußen), Teile des nunmehr kommunistisch beherrschten Polen. Deshalb gehört die polnische Bevölkerung in Deutschland heute nicht mehr zu den anerkannten nationalen Minderheiten, obgleich die rechtliche Liquidierung der polnischen Minderheit der Vorkriegszeit mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik 1949 aufgehoben wurde. Bei den jetzt in Deutschland lebenden Polen handelt es sich mehrheitlich um deutsch-polnische Aussiedler, die zusammen mit der polnischstämmigen Bevölkerungsgruppe etwa 1,3 Prozent der Bevölkerung (etwas über eine Millionen Menschen nach dem Mikrozensus 2005) ausmachen. Allein zwischen 1950 und 1989 gingen rund 1,2 Millionen Deutsche und ihre Familienangehörigen als Aussiedler in die Bundesrepublik.

Dennoch, aus Warschauer Sicht ist die Behandlung der Polonia in Deutschland weit von den Privilegien der Deutschen in Polen entfernt, weshalb auf eine stärkere Förderung von Sprache und Kultur, von Organisationsstrukturen und die Einräumung von Beteiligungsmöglichkeiten gedrungen wird. Vertreter der polnischen Volksgruppe fordern darüber hinaus die Anerkennung der Polen in Deutschland als nationale Minderheit und die Gewährung der daraus resultierenden Rechte. Zudem fordern sie die Beseitigung der ihrer Meinung nach bestehenden Asymmetrie in der Umsetzung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages. Dies birgt politischen Sprengstoff. Da in Polen im nächsten Herbst Parlamentswahlen anstehen, wird dieses Thema wahrscheinlich von national-konservativen Kräften aufgegriffen.

Vertreter der polnischen Volksgruppe fordern die Beseitigung der ihrer Meinung nach bestehenden Asymmetrie in der Umsetzung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages.

Die Polonia in Deutschland ist – wenn auch mit relativ schwacher Mitgliederzahl – organisiert im Bund der Polen in Deutschland und im Polnischen Kongress in Deutschland. Der Vorsitzende des Bundes der Polen, Marek Wójcicki, ist bezeichnenderweise in den achtziger Jahren auf dem Ticket der deutschen Minderheit nach Deutschland gekommen, was die eigenartige Gemengelage deutlich macht. Eine besondere Rolle kommt der Polnischen Katholischen Mission in Deutschland zu, die neben ihrer seelsorgerischen Tätigkeit auch Unterricht für Kinder in polnischer Sprache anbietet.

REPRÄSENTANZ DER DEUTSCHEN MINDERHEIT IN SEJM UND SELBSTVERWALTUNG

Seit 1991 trat die deutsche Minderheit mit eigenen Listen zu den Sejm-Wahlen an, wobei sie von der 1993 eingeführten Fünf-Prozent-Hürde befreit ist. Bei den ersten vollständig freien Wahlen 1991 votierten landesweit rund 132.000 Bürger (1,18 Prozent) für die Listen der Deutschen Minderheit (DMi), davon 74.000 im Opperler Schlesien. Das ergab sieben Abgeordnetenmandate. 1993 gewann die DMi vier, 1997, 2001 und 2005 jeweils nur noch zwei Mandate. Bei den Wahlen 2007 stimmten nur noch 32.462 Bürger (0,2 Prozent) für die DMi. Die Unterstützung ging also bei den Parlamentswahlen kontinuierlich zurück. Im Sejm ist die DMi jetzt nur noch mit einem Abgeordneten vertreten, mit Ryszard Galla, der zugleich Präsident des Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz ist. Die Ursachen für das schwache Abschneiden bei der Wahl 2007 sind wohl zum einen in der gestiegenen Wahlbeteiligung in der Wojewodschaft Oppeln (2005: 33,5 Prozent; 2007: 45,5 Prozent) zu suchen, die verbunden war mit dem Charakter der Wahl als nationales Referendum gegen die national-konservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS)⁷. Zum anderen liegen sie in der nachlassenden Bindung vor allem jüngerer Menschen an die politische Vertretung der DMi, in der mangelnden Mobilisierung sowie in der Überalterung.

Bei den Wahlen 2007 stimmten nur 0,2 Prozent für die Listen der Deutschen Minderheit (DMi). Die Unterstützung ging bei den Parlamentswahlen kontinuierlich zurück.

7 | Bei geringer Wahlbeteiligung schnitt die DMi bisher wegen ihres guten Netzwerkes zur Wählermobilisierung besser ab. Vom Anstieg der Wahlbeteiligung um zwölf Prozent profitierten dagegen überproportional die großen Parteien, vor allem die Bürgerplattform PO, aber auch PiS.

Hinzu kommt die verdeckte Arbeitsmigration aus der Region, die in besonderer Weise die Doppelstaatler betrifft. Laut einer Untersuchung der Wojewodschaft Oppeln von 2007 sind ca. 330.000 Autochthone in der Region gemeldet, ein knappes Drittel der Gesamtbevölkerung. Darunter sind ca. 80.000 Personen, fast ein Viertel, die ganz oder teilweise im Ausland leben. Damit ist ein Teil des Wählerpotentials der DMi schlicht nicht anwesend, was sich auch an der im Landesvergleich grundsätzlich niedrigsten Wahlbeteiligung in der Wojewodschaft Oppeln und insbesondere in den Kreisen mit starker deutscher Bevölkerung ablesen lässt. Dort lag 2007 die Wahlbeteiligung sechs bis sieben Prozent unter dem sowieso schon niedrigen Durchschnitt der Wojewodschaft von 45,53 Prozent.

REGIONALWAHLEN 2010

Stark vertreten ist die DMi nach wie vor auf der Selbstverwaltungsebene der Region Oppeln, d.h. im Landtag (Sejmik) sowie in den Kreis- und Gemeinderäten. Hier verfügt sie durch ihr dichtes Netzwerk über ein gutes Instrument zur Wählermobilisierung, was bei der gewöhnlich niedrigen Wahlbeteiligung ein strategischer Vorteil ist.

Die Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen von 2005 bis 2007 war bis in die Selbstverwaltung hinein spürbar.

Im Landtag ist die DMi, die sich einer klaren politischen Einordnung entzieht, seit 1998 in verschiedenen Koalitionen an der Regierung beteiligt, seit 2006 mit der liberal-konservativen Bürgerplattform (PO) und der bäuerlichen Volkspartei (PSL), davor mit dem postkommunistischen Bündnis Linker Demokraten (SLD). Die Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen in der Regierungszeit der national-konservativen PiS in den Jahren 2005 bis 2007 war laut Aussagen der Minderheitsvertreter bis in die Selbstverwaltung hinein spürbar, insbesondere als sich die Regionalregierung einem Regierungspräsidenten der PiS gegenüber sah. Aber auch aktuell sind die Verhältnisse keineswegs spannungsfrei, wie die Regierungsbildung nach den Regionalwahlen am 21. November 2010 deutlich machte.

Bei diesen Regional- und Kommunalwahlen erzielte die DMi in der Oppelner Region ein gutes Ergebnis. Im Landtag der Wojewodschaft Oppeln erhielt sie 17,77 Prozent der Stimmen (+0,47 Prozent zu 2006), was das zweitbeste Ergebnis nach der Bürgerplattform PO mit 31,93 Prozent ist. Insgesamt erhielt die Minderheit 53.670 Stimmen, ein Zuwachs von 4.539 Stimmen gegenüber 2006. Der negative Trend der letzten Wahlen wurde damit gestoppt: 2006 erzielte die Minderheit 49.131 Stimmen, 2002 allerdings 54.385 Stimmen (18,61 Prozent).

In den letzten beiden Wahlperioden hatte die Minderheit sieben Vertreter im Sejmik, dem Wojewodschaftsparlament, davor sogar 13 Mandate.

In den letzten beiden Wahlperioden hatte die Minderheit sieben Vertreter im Sejmik, dem Wojewodschaftsparlament, davor sogar 13 Mandate. Jetzt sind es sechs, was den starken Wahlergebnissen der Bürgerplattform (PO, 12 Mandate, +vier) und des Bündnisses der Linken Demokraten (SLD, fünf Abgeordnete) geschuldet ist. Recht und Gerechtigkeit (PiS) erreichte ebenfalls fünf Mandate, die Polnische Volkspartei (PSL) zwei.⁸

Tabelle 4

**Ergebnisse der Regionalwahl
in der Wojewodschaft Oppeln**

Wahlkomitee	Stimmen	Anteil in %
PO	96.449	31,93
PiS	52.664	17,43
Deutsche Minderheit (DMi)	53.670	17,77
SLD	50.479	16,71
PSL	36.655	12,13
PPP	6.528	2,16
Andere	5.631	1,87

Quelle: Offizielle Wahlergebnisse laut Staatlicher Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza), http://wybory2010.pkw.gov.pl/Komunikaty_PKW,2; Wyniki_glosowania_do_sejmikow_wojewodztw_wedlug_komitetow_wyborczych_i_wojewodztw [03.02.2011].

8 | In der Wojewodschaft Ermland-Masuren wurde Urszula Paślowska von der deutschen Minderheit auf der Liste der Polnischen Volkspartei PSL in den Sejmik gewählt. Vgl. Krzysztof Świerc, Agnieszka Szotka, „Erfolg der Deutschen Minderheit bei der Kommunalwahl“, *Schlesisches Wochenblatt*, E-Paper, http://www.wochenblatt.pl/index.php?option=com_content&view=article&id=237 [03.02.2011].

Die Sejmik-Mitglieder der Deutschen Minderheit (DMi) sind:

1. Hubert Jerzy Kolodziej – Lehrer, Schuldirektor, Bildungsbeauftragter im Verband der Deutschen Gesellschaften VDG,
2. Rasch Norbert – Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaften der Deutschen im Opperler Schlesien (SKGD),
3. Herbert Czaja – Vorsitzender der Opperler Landwirtschaftskammer,
4. Krystian Adamik – Arzt,
5. Józef Kotys – Vizeministerpräsident der Wojewodschaft Opperln,
6. Andrzej Kasiura – bisher Mitglied des Vorstandes des Wojewodschaft Opperln (der Regionalregierung), setzte sich in der Stichwahl am 5. Dezember als Bürgermeister-Kandidat der Kreisstadt Krapkowitz (Krapitz) mit 1.549 Stimmen (52,53 Prozent) gegen den PO-Bewerber Maciej Sonik durch (1.400 Stimmen, 47,47 Prozent). Für ihn rückt der bisherige Vizevorsitzende des Sejmik, Ryszard Donitza, nach.

TUSK WENDET SKANDAL AB

PO, PSL und DMi waren mit der Aussage zur Wahl angetreten, ihre bisherige Koalition fortsetzen zu wollen. Nur 24 Stunden nach dem Urnengang bildete die PO jedoch eine

PO, PSL und DMi waren mit der Aussage zur Wahl angetreten, ihre bisherige Koalition fortsetzen zu wollen. Nur 24 Stunden nach dem Urnengang bildete die PO jedoch eine Koalition mit der PSL und dem Bündnis der linken Demokraten.

Koalition mit der PSL und dem Bündnis der linken Demokraten (SLD), was der DMi über die Presse mitgeteilt wurde. Der regionale PO-Chef Leszek Korzeniowski begründete dies damit, dass die Zusammenarbeit mit der DMi nicht so wie erwartet gewesen sei, Absprachen nicht eingehalten worden seien

und die DMi zu eigennützig agiert habe. „Sie hielten das Geld in den eigenen Händen“, klagte er.⁹ Zudem werde die neue Koalition in Polen positiver wahrgenommen. Denn aus der Zentrale seien ständig Vorwürfe gekommen, dass die Minderheit zu viele Sonderrechte genieße und in der

9 | „Korzeniowski: w centrali były zarzuty, że MN ma za dużo przywilejów“ (aus der Zentrale kamen Vorwürfe, dass die DMi zu viele Sonderrechte hat), *Gazeta Wyborcza* (Opole), 21.11.2010.

Wahrnehmung ihrer Rechte, wie bei den zweisprachigen Ortsschildern, übertreibe. Der Skandal schlug regional ein wie eine Bombe. Schnell war öffentlich von einer „antideutschen Koalition“ die Rede. Immerhin war die DMi aus der Wahl als zweitstärkste Fraktion im Sejmik hervorgegangen. Aber es gab auch Gegenstimmen in der PO. Die Europaabgeordnete Danuta Jazłowiecka aus Oppeln kritisierte den Ausschluss der Deutschen offen als „Fehler“ der Parteifreunde. Die Wojewodschaft Oppeln stehe unter besonderer Beobachtung und Förderung durch Deutschland, hieß es. Der deutsche Tourismus in der Region sei zudem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die kalte Entmachtung der DMi rief alsbald PO-Chef und Premierminister Donald Tusk auf den Plan. Die Oppelner PO nahm daraufhin die DMi mit in die Regierung auf.¹⁰ Die Wojewodschaft wird jetzt von einer großen Vierer-Koalition regiert, wobei die DMi jedoch Nachteile in Kauf zu nehmen hat. Die PO stellt als stärkste Fraktion den Marschall. Keiner der beiden Vize-Regierungschef-Posten geht allerdings, wie es dem Proporz entspräche, an die Deutschen. Der bisherige deutsche Vizemarschall Józef Kotys, der mit Abstand die meisten Stimmen bei den Wahlen einfahren konnte, bleibt außen vor. Er gilt als erfolgreicher Politiker und Strippenzieher, dessen herausragendes Wahlergebnis für ihn spricht. Sein Profil war der PO wahrscheinlich zu dominant. Allein die PiS bildet nun mit fünf von 30 Mandaten die Opposition im Sejmik.

Die kalte Entmachtung der DMi rief alsbald Premierminister Tusk auf den Plan. Die Wojewodschaft wird jetzt von einer großen Vierer-Koalition regiert.

Zu den Ergebnissen der Deutschen Minderheit bei den Kommunalwahlen: 28 Kandidaten aus der DMi haben als Bürgermeister oder Gemeindevorsteher kandidiert, davon wurden 24 gewählt, 19 im ersten Durchgang am 21. November 2010, fünf in der Stichwahl am 5. Dezember 2010. In den Kreistagen stellt die DMi 49 Ratsmitglieder (2006: 54). Dort sieht die Mandatsverteilung wie folgt aus:

10 | Website der Deutsch-polnischen Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitische Partnerschaft (AKP), „Tusk wendet Skandalkoalition ab. Deutsche Minderheit bleibt in Oppelner Regierung“, 03.12.2010, in: <http://akp-dialog.de/index.php?view=article&catid=35%3AAktuelles&id=76%3A2010-12-03> [03.02.2011].

Tabelle 5

Sitze der DMi in Kreistagen nach Wahlen 2010 und 2006

Gemeinde	Sitze nach Wahl 2010	Sitze nach Wahl 2006	Mandate insges.
Strzelce Opolskie (Groß Strehlitz)	9	10	19
Krapkowice (Krappitz)	7	7	19
Kędzierzyn-Koźle (Kandrzin-Cosel)	5	8	21
Olesno (Rosenberg)	9	8	19
Prudnik (Neustadt)	5	3	17
Opole (Oppeln)	12	16	25
Kluczborg (Kreuzburg)	2	2	19

Quelle: Schriftliche Auskunft Joanna Mróz, Pressesprecherin, Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen im Opperler Schlesien, 26.11.2010.

In den Kreisen Namysłów (Namslau), Brzeg (Brieg), Nysa (Neisse) und Głubczyce (Leobschütz) stellte die DMi keine eigenen Kandidaten. In den Gemeinden gewann die DMi 278 Ratsmandate (2006:304). Insgesamt erhielt die DMi somit 357 Mandate (2006: 365) bei den Regional- und Kommunalwahlen.

IRRITATIONEN ÜBER DEN ERFOLG DER SCHLESISCHEN AUTONOMIEBEWEGUNG

Bei den Regionalwahlen gewann die Bewegung Autonomes Schlesien (Ruch Autonomii Śląska, RAŚ) in der Wojewodschaft Schlesien 122.781 Stimmen (8,49 Prozent) und drei Mandate im Sejmik. Sie wurde damit die viertstärkste Kraft nach der PO (22 Abgeordnete), PiS (elf) und SLD (zehn). Die PSL gewann zwei Sitze. 2006 hatte die RAŚ 58.919 Stimmen (4,35 Prozent) und kein Mandat erhalten. Die Deutschen stellten in der Wojewodschaft keine eigene Liste auf. Ihre Kandidaten gehörten verschiedenen Wahlkomitees an, unterstützt wurde aber insbesondere auch die RAŚ.¹¹

Die Bewegung wurde Anfang 1990 von Rudolf Kołodziejczyk gegründet. Vorsitzender ist seit 2003 der Historiker Jerzy Gorzeliak. Sie knüpft vor allem an die Autonome Woje-

11 | Vgl. Świerc, „Erfolg der Deutschen Minderheit...“, Fn. 8.

wodschaft Schlesien in der zweiten Polnischen Republik der Zwischenkriegszeit an und will mehr Eigenständigkeit für die Region erreichen, weshalb ihr mitunter antipolnische Tendenzen vorgeworfen werden. Die heutige Wojewodschaft ging nach der Gebietsreform 1999 aus den Wojewodschaften Katowice, Częstochowa und Bielsko-Biała hervor und umfasst weite Teile der ehemaligen Autonomen Wojewodschaft Schlesien. Diese entstand 1922 aus dem Teil Oberschlesiens, der nach dem Ersten Weltkrieg nach Volksabstimmung und Aufständen vom Deutschen Reich und Österreich-Ungarn abgetrennt worden war. Damals wie heute ist die Region mit dem industriellen Ballungsgebiet zwischen Gleiwitz und Kattowitz die am dichtesten besiedelte Wojewodschaft Polens. Die deutschen Parteien – Katholische Volkspartei, Deutsche Partei, Deutsche Sozialdemokratische Partei – erreichten in den zwanziger Jahren bei Wahlen 21 bis 30 Prozent und stellten einen Vertreter in der sechs Personen umfassenden Regierung, dem Wojewodschaftsrat.

Im jetzt neu gewählten Sejmik ist die RAŚ Teil einer Koalition mit der PO und PSL, was u.a. öffentlich vom polnischen Staatspräsidenten Bronisław Komorowski und EU-Parlamentspräsident Jerzy Buzek, der seinen Wahlkreis in Kattowitz hat, kritisiert wurde. Am 10. Dezember wurde der Vorsitzende der RAŚ Jerzy Gorzelik erst im zweiten Versuch in den Vorstand der Wojewodschaft, die Regionalregierung, gewählt, wo er für Bildung, Kultur und auswärtige Beziehungen zuständig ist. Beim ersten Wahlversuch eine Woche zuvor hatte es noch ein Patt gegeben, da einige PO-Abgeordnete dem Koalitionspartner die Stimme verweigerten. Dies zeigt, wie auch die überregionale Berichterstattung in den großen polnischen Zeitungen, welche Irritationen das relativ starke Abschneiden der Autonomiebewegung hervorruft.

Die überregionale Berichterstattung in den großen polnischen Zeitungen zeigt, welche Irritationen das relativ starke Abschneiden der Autonomiebewegung hervorruft.

Insgesamt hat die RAŚ bei den Regional- und Kommunalwahlen 40 Mandate gewonnen, davon drei im Landtag, sechs in Kreistagen, sieben in größeren Stadträten und 24 in Gemeinden: In Godów (Kreis Wodzisław) stellt sie mit Mariusz Adamczyk (wiedergewählt mit 90,3 Prozent) und in der Landgemeinde Lyski (Kreis Rybnik) mit Grzegorz Gryt (64,67 Prozent) die direkt gewählten Bürgermeister

und die Mehrheit im Gemeinderat. Im Kreistag von Rybnik ist sie bei 25,61 Prozent Stimmenanteil mit 5 Mandaten, im Kreistag von Wodzisław bei 7,91 Prozent Stimmenanteil mit einem Abgeordneten vertreten. In den Städten ist die RAŚ in Czerwionka-Leszczyny (dt. Czerwionka-Leschczin, Kreis Rybnik, ca. 29.000 Einwohner) – ein Zentrum der polnischen Aufstände unter Wojciech Korfanty zwischen 1919 und 1921 – mit vier Abgeordneten (20,48 Prozent) in Mysłowice (dt. Myslowitz, 75.000 Einwohner) mit zwei (9,29 Prozent) und in Ruda Śląska (143.000 Einwohner) mit einem Mandat (8,18 Prozent) dabei.¹²

AUSBLICK

Da auf der kommunalen Ebene die großen Parteien ohnehin keine dominierende Rolle spielen, sondern häufig von lokalen Bürgerkomitees überflügelt werden, wird wohl auch die DMi hier weiter eine größere Rolle spielen. Auch regional in der Wojewodschaft Oppeln hat sie gute Chancen, weiter einen zentralen politischen Faktor zu bilden, sofern sie die eigene kulturelle Identität bewahrt und der anhaltenden Abwanderung der Deutschen beikommt. Dafür bedarf es verstärkter Anstrengungen hinsichtlich der sprachlichen und kulturellen Förderung und einer Lebensperspektive in der oberschlesischen Region. Auf der nationalen Ebene wird dagegen wahrscheinlich eher das Engagement in den großen politischen Parteien Erfolg versprechen und zur Integration der deutschen Minderheit in Polen beitragen.

Während die DMi sich auch wegen des Minderheitengesetzes in den vorgegebenen politischen Rahmen einfügt, löst die RAŚ durch ihr Streben nach größerer Selbständigkeit der Region Schlesien (Ost-Oberschlesien) Irritationen in Polen aus. Sie wird wahrscheinlich als eine spezifisch kulturell-politische Kraft in der Region weiter eine Rolle spielen, wobei sie kommunal eher schwach verankert ist, was zu einem gelassenen Umgang der polnischen Mehrheitsgesellschaft mit dieser Autonomiebewegung Anlass geben sollte.

Der Autor dankt Lukas Skwiercz für die Hilfe bei der Recherche der Kommunalwahlergebnisse der deutschen Minderheit.

12 | Vgl. Ruch Autonomii Śląska, http://www.autonomia.pl/index.php?option=com_content&task=view&id=631 [03.02.2011].